

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Poffschekonto Dresden 2640

Erscheint die auf weiteren nur Montags, Mittwochs u. Freitags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei



Inserentenpreis 60000 M. für die 6spaltige Korpuszeile oder deren Raum, Resten, die 2spaltige 120000 M. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2spaltige Korpuszeile 120000 M. Nachweisungsgebühr 5000 M. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Angaben übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rückrufanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Ruchlos gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rossen.

Verleger und Drucker: Arthur Fichunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Fichunke, beide in Wilsdruff

32. Jahrgang. Nr. 99.

Sonnabend / Sonntag 25. / 26. August 1923

## Amtlicher Teil.

Die für den 29. August 1923 anberaumte **Sitzung des Bezirksausschusses** wird am **Donnerstag den 30. August 1923** vormittags 1/9 Uhr abgehalten werden. Meißen, am 23. August 1923. Nr. V F I B A 7 Die Amtshauptmannschaft.

Zur Behebung des immer größer werdenden Mangels an Zahlungsmitteln hat der Stadtrat im Einvernehmen mit den Stadtratsmitgliedern und mit **Genehmigung des Reichsfinanzministers** Gutscheine im Werte von 500000 M., 200000 M. und

100000 M. zur Ausgabe gebracht. Es wird gebeten, diese Gutscheine, deren **Gegenwert in Reichsschatzanweisungen bei der Reichsbankhauptstelle in Dresden hinterlegt ist**, an Zahlungskassett anzunehmen.

Die Einziehung und Wiedereinlösung durch die Stadthauptkasse wird öffentlich bekanntgegeben werden.

Wilsdruff, am 22. August 1923.

2942

Der Stadtrat.

## Eine Zusammenkunft zwischen Baldwin und Poincaré?

London, 23. August. Dem politischen Berichterstatter des "Evening Standard" zufolge erörtert der Premierminister heute und morgen informell mit den Ministern, die in London anwesend sind, die französische Antwortnote. Wahrscheinlich werden sowohl Baldwin wie auch Curzon in Paris mit Poincaré zusammentreffen, um die Zweckdienlichkeit einer förmlichen Konferenz zu erörtern.

## Kein Fortschritt.

Das Echo der englischen Presse.

London, 23. August. Während "Daily Mail" behauptet, Poincaré habe in seiner letzten Note England den Vorschlag unterbreitet, die britische Regierung müsse diese seltene Gelegenheit ergreifen, ist der größte Teil der Presse bei aller Anerkennung des gemäßigten Tones der französischen Note der Ansicht, daß Poincaré nicht nachgibt und kein Fortschritt erzielt worden ist. Am zurückhaltendsten äußern sich die "Times". Das Blatt schreibt, besondere Aufmerksamkeit müsse der deutlichen Erklärung Poincarés zugewandt werden, daß Frankreich keinen Wunsch habe, irgendeinen Teil deutschen Gebietes zu annektieren. Diese Erklärung, die mit besonderem Nachdruck vor der Welt abgegeben wird, müsse in Europa als ein gegebenes Wort angesehen werden. Außerdem sei endlich eine öffentliche Erklärung erfolgt, die die französische Regierung zu einer sehr beträchtlichen Abänderung der Ruhrbesetzung verpflichtet, falls der passive Widerstand von Deutschland aufgegeben werde. Die "Times" geben aber zu, daß die Verbindlichkeiten zwischen dem britischen und dem französischen Standpunkte noch sehr groß sind. — "Westminster Gazette" schreibt, Poincarés Antwort bringe England und Frankreich einem Uebereinkommen nicht näher. Sie diene im Gegenteil dazu, zu zeigen, wie unmöglich es sei, die britische Politik gegenüber Deutschland mit der von der französischen Regierung verfolgten Politik zu verbinden. Die letzte Note Poincarés lege der britischen Regierung die Pflicht auf, nicht nur der Möglichkeit, sondern auch der Notwendigkeit einer Separation näher zu treten. Weitere Erörterungen könnten nur den britischen Standpunkt schwächen und die Regelung verzögern, die schließlich durch eine andere Methode erreicht werden könnte. Die Regierung müsse sich jetzt daher darauf konzentrieren, was zu tun sei. Eine prompte Antwort auf die deutsche Note sei notwendig. "Daily Chronicle" hebt hervor, daß Poincaré rhetorisch sich mehr an seine französischen Kritiker, als an die englische Regierung wende. Er sei bestrebt, mit England nicht zu brechen, er sei vielmehr bestürzt über den Mißerfolg seiner Ruhrpolitik und würde froh sein, durch irgendein Hilfsmittel sein Gesicht zu wahren. Auch "Daily News" erklärt, die Note bringe die Frage der Reparationen einer Lösung nicht näher.

## Coolidge bleibt bei der Passivität.

Paris, 23. August. Der "New York Herald" meldet aus Washington: Gestern wurde im Weißen Hause mitgeteilt, Präsident Coolidge habe erklärt, daß nach seiner Ueberzeugung die amerikanische Politik der Isolierung gegenüber Europa richtig sei. Die Ereignisse hätten diese Politik gerechtfertigt. Die Berichte amerikanischer Beobachter in Europa hätten ihn überzeugt, daß sich in Europa nichts vorbereite, was ein Abweichen von der vom Präsidenten Harding besetzten Politik angebracht erscheinen lasse. Die Vereinigten Staaten könnten geschädigt werden, wenn sie sich in die europäischen Verhältnisse einmischten, wie das von gewissen Kreisen in Washington angeraten werde. Coolidge wünsche zwar lebhaft die Lösung der europäischen Fragen, vor allem des Reparationsproblems. Er sei aber gegen die Vorschläge von europäischer Seite, bevor er erklärte, daß sie allen Beteiligten annehmbar seien. Mit den Vertretern der Handelskammern besprach der Präsident zwar die Lage. Er sei aber nicht gewillt, seine Haltung ihren Ratshelgen entsprechend zu ändern. Das Blatt fügt hinzu, in Washington werde vorausgesetzt, daß die europäische Frage den Hauptgegenstand der Debatte während der nächsten Tagung des Kongresses bilden werde.

## Front und Etappe.

Am der Ruhr tobt die Schlacht. Und die Etappe, das unbefestete Deutschland, hat die Pflicht, die Front mit allem Lebensnotwendigem zu versehen. Tut die Etappe ihre Pflicht? Die Frage stellen, heißt schon, sie verneinen. Es gibt auch nicht einen Menschen in Deutschland, der heute zu behaupten wagt, daß deutsche Volk habe die finanziellen Opfer gebracht, die zu bringen, unumgängliche Notwendigkeit ist. Nur darüber herrscht Streit, wer am meisten gegen das Gebot der Stunde gesündigt habe. Man könnte lachen, wenn es nicht so traurig wäre, daß noch kaum einer den Mut gefunden hat, frei und offen zu belennen: Wir alle sind schuld! Statt die Steuern rechtzeitig anzulegen und einzuziehen, wartet lieber jeder ab, bis er das gleiche oder ein noch größeres Geldopfer durch die Geldentwertung gebracht hat. Das ist ebenso schändlich wie dumm. Und es ist gar erbärmlich, wenn einzelne Wirtschaftsklassen und dazugehörige Parteien Steuerprogramme ausheben, die nur dem andern weh tun sollen. Und auch das ist dumm; denn allen erklügeltsten Theorien zum Trotz gibt es keine Steuern, jedenfalls keine neu eingeführten Steuern, die nicht die Volkswirtschaft allgemein berühren. Selbst Luxussteuern stören irgendwie den volkswirtschaftlichen Produktionsprozeß, weil mit der Herstellung von Luxusgegenständen Arbeit verbunden ist, die von menschlichen Händen und Köpfen geleistet wird.

Natürlich erfordert steuerliche Gerechtigkeit und staatspolitische Klugheit, daß die steuerliche Belastung der Tragsfähigkeit der Schulktern angepaßt ist. Aber um diese Binsenwahrheit handelt es sich für uns jetzt gar nicht. Sondern es handelt sich darum, allen Schichten des deutschen Volkes klar zu machen, daß Steuern eine Last nicht für die andern, sondern für uns alle sind, daß es uns Ganze geht und unser passiver Widerstand nur halten kann, wenn alle durch die Steuern schwere Opfer bringen. — auch von der Substanz. Mit kleinen Trinkgeldern, wie Ruhspenden, ist nichts mehr getan. Jetzt heißt es, nicht

## Die Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches u. der Reichskanzler Stresemann

An alle Schichten des Volkes richten wir die Aufforderung, diese deutsche Goldanleihe aufs kräftigste zu unterstützen. Sie soll uns eins der Mittel sein, um die Geldinflation zurückzudämmen, die Verhältnisse geschaffen hat, unter denen weite Volkschichten in Deutschland kaum noch über die notwendigen Subsistenzmittel verfügen. Wir richten den dringenden Appell an alle Parteien, an dieser für unser Volk so entscheidend gewordenen Frage mitzuarbeiten. In dieser Frage gibt es keine Parteimeinungen, in dieser Frage ist die positive Mitarbeit jedes, der die Verhältnisse zu bessern vermag, vaterländische Pflichterfüllung, die wir dankbar begrüßen. Rede in der Sitzung des Reichstages am 14. August 1923.

Zeichnungen können bei der Reichsbank und bei den im Prospekt angegebenen Stellen sowie bei diesen durch Vermittlung familiärer Banken, Bankiers, Sparkassen und Kreditgenossenschaften bewirkt werden. Zeichnungspreis 100%, bei Einzahlung von Devisen und Dollarschatzanweisungen 95%. Das kleinste Stück lautet auf den Gegenwert von 1 Dollar.

nur den Mund zu spizen, nein, pfeifen. Wir stehen vor einem furchtbaren Kriegswinter, und wir haben die verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, uns auf diesen Kriegswinter so gut wie möglich vorzubereiten.

Das Wort: passiver Widerstand hat anscheinend eine arge Verwirrung in vielen Köpfen angerichtet. Viele glauben offenbar, passiver Widerstand sei mit lässigstem die Dinge gehen lassen, wie sie gehen, identisch, oder sie verwechseln passiven Widerstand mit Feigheit. Dabei ist es nicht Kriegspassivität oder Utopie, sondern nackte Wahrheit, daß wir im Kriege, in dem Rußwintere z. B. viel Schwereres erduldet und ertragen haben. Dieser Krieg an der Ruhr ist für uns Deutsche weniger eine materielle, als eine moralische Angelegenheit. Ein Blick auf die englische Politik zeigt uns das: Unser passiver Widerstand beginnt, die englisch-französischen Beziehungen grundsätzlich umzugestalten, trotz aller Die Harde, trotz Lord Rothermere und seiner "Daily Mail". Noch ist es nur ein Anfang. Die englische Politik hat sich noch immer dadurch ausgezeichnet, daß sie vorsichtig, Schritt für Schritt, Veränderungen vollzog.

Die Steuerwilligkeit des deutschen Volkes entscheidet darüber, ob wir als Volk noch Berechtigung zur Existenz haben. Steuersehen ist Vaterlandsverrat! Wenn wir unterliegen, wenn wir kapitulieren, wie die Franzosen es fordern, dann ist das gleichbedeutend mit Zerstörung unseres Produktionsprozesses und mit Vernichtung aller Substanz. Als die Engländer den mehr als zwanzigjährigen Kampf mit Napoleon vor hundert Jahren beendet hatten, lastete auf ihnen eine innere Schuld von 1,1 Milliarden Pfund. Eine horrend Summe für damalige Zeit. Aber das Opfer hat sich glänzend bezahlt gemacht. Und auch in unserem großen Kriege haben die Engländer steuerlich im Gegensatz zu uns voll ihre Pflicht getan. Wir sollten uns an ihnen ein Beispiel nehmen.

## Belgische Räuber im Rathaus von Buer.

Buer, 23. August. Heute vormittag besetzte eine starke Abteilung Belgier das hiesige Rathaus. Es handelte sich um die Beitreibung einer von der belgischen Besatzungsbehörde verhängten Geldstrafe von 50 000 französischen Franken, die der Stadt Buer und der Gemeinde Marz als Sanktion für die Erschießung eines Wachpostens an der Lippe auferlegt wurde. Aus dem Dienstzimmer des Bürgermeisters Ruhr und des Beigeordneten Dr. Grene wurden sämtliche Möbel und Einrichtungsgegenstände entfernt. Aus dem Stadtratsratensitzungsaal räumte ein Arbeitskommando sämtliche Ledersühle und Sessel fort. Alle im Rathaus vorgefundenen Bureau- und Registrierkassen usw. wurden von dem belgischen Kommando weggenommen. Auch das letzte der Stadt gehörige Auto wurde fortgeführt. Die requirierten Gegenstände wurden auf eine Anzahl Lastautos geladen und nach Düsseldorf geschafft. Der Stadt erwächst ein Schaden von vielen Milliarden.

## Fortgesetzte Milliardenräubereien.

Düsseldorf, 23. August. Auf dem Wege von der Druckerlei Bagel sind heute Beamten der Gerichtskasse von den Franzosen 20 Milliarden fortgenommen worden.

Paris, 23. August. Nach einer Havas-Meldung aus Düsseldorf sind gestern zahlreiche Markbestände weggenommen worden, und zwar in Mainz 84 Millionen, in Werden 50 Millionen, in Ludwigshafen 40 Millionen, in Landau 8 Millionen und in Speier 436 Millionen.

## Eine bankerotte Stadt.

Swinemünde, 23. August. Der Swinemünder Magistrat veröffentlicht einen Beschluß, nach dem die Stadt nicht mehr in der Lage ist, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen und sich daher für zahlungsunfähig erklärt. Durch die Stadthauptkasse können nur noch Auftragszahlungen für solche Zwecke stattfinden, für die Reich oder Staat eigene Mittel überwiesen.